

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Abteilung II.1
Ges. Dr. Calligaris

GZ. 22.17.01/173-II.1/90

Deutsche Einheit; Stand
Mitte Juli 1990

Ergeht an:
Herrn Bundesminister
Herrn Generalsekretär
Herrn Sektionsleiter
alle Abt. d. Sekt. II
Liste KSZE

I n f o r m a t i o n

I. Innerdeutsche Aspekte

Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten ist am 1. Juli 1990 in Kraft getreten. Wesentlichste Maßnahme war die Einführung der D-Mark in der DDR.

Ein Vertrag über die rechtliche bzw. staatsrechtliche Vereinigung der beiden Teile Deutschlands ist in Vorbereitung und soll bis Herbst d. J. unterzeichnet sein.

Gesamtdeutsche Wahlen

Die nächste Bundestagswahl war für den 2. Dezember 1990 angesetzt. An ihrer Stelle sollen nun an diesem Tag gesamtdeutsche Wahlen stattfinden. Strittig ist noch der Wahlmodus. Die BRD-CDU tritt dafür ein, in der BRD bzw. der DDR getrennt zu wählen (Sperrklausel jeweils 5 %) und den Beitritt der DDR zum Bonner Grundgesetz erst nachher zu vollziehen. Die SPD und FDP beider Landesteile treten für eine einheitliche Wahl in ganz Deutschland (Sperrklausel für gesamtes Gebiet 5 %) und den Beitritt der DDR schon vor der Wahl ein. (Dieser Vorschlag würde u. a. bedeuten, daß die PDS, die Nachfolgepartei der SED in der DDR, an der 5 %-Hürde in Gesamtdeutschland scheitern dürfte.) Die DDR-CDU ist in dieser Frage gespalten.

II. Äußere Aspekte

Präsident Gorbatschow hat anlässlich des jüngsten Besuches von BK Kohl in Moskau de facto grünes Licht für die Einheit

Deutschlands gegeben. Die erzielte Einigung umfaßt im wesentlichen folgende Punkte:

- Gesamtdeutschland wird die BRD, DDR und Berlin umfassen
- volle Souveränität Deutschlands nach vollzogener Einigung
- sowjetische Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands
- sowjetischer Truppenabzug aus dem Gebiet der DDR in 3 - 4 Jahren (hierüber wird Vertrag abgeschlossen)
- während dieser Zeit keine Ausdehnung der NATO-Strukturen auf DDR-Gebiet, jedoch Gültigkeit der NATO-Bündnisverpflichtung auch für dieses (Zusage Kohls, daß auch später keine nicht-deutschen Truppen östlich der Elbe)
- bis Vollendung des sowjetischen Truppenabzuges westalliierte Militärpräsenz in Berlin
- Reduzierung der gesamtdeutschen Streitkräfte auf 370 000 Mann (Kompromiß Genscher - Stoltenberg)
- Verzicht Gesamtdeutschlands auf ABC-Waffen

Gorbatschow hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß seine Haltungsänderung in der Frage der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands durch das für Moskau positive Ergebnis des jüngsten Gipfels der Allianz in London ermöglicht wurde.

BK Kohl hat ferner massive Wirtschaftshilfe für die SU zugesagt und in Aussicht gestellt, sich auch bei anderen westlichen Staaten für eine derartige Hilfe verwenden zu wollen.

Bis Sommer 1991 soll ferner ein deutsch-sowjetischer Vertrag abgeschlossen werden, der laut BK Kohl Zusammenarbeit auf verschiedensten Gebieten und regelmäßige politische Konsultationen zum Inhalt haben soll.

Die Reaktionen auf die deutsch-sowjetische Einigung sind weltweit einhellig positiv (der Fall Ridley in Großbritannien zeigt allerdings das Bestehen unterschwelliger Reserven gegenüber dem Gewicht des künftigen Gesamtdeutschlands in einzelnen westeuropäischen Staaten).

Angesichts der in Moskau erzielten Einigung ist die "2 + 4"-Gesprächsrunde am 17. Juli in Paris unkontroversiell verlaufen. Die Außenminister beschlossen, eine Deutschland-Erklärung auszuarbeiten, in welcher die äußeren Aspekte der deutschen Einheit geregelt werden sollen. Die Erklärung soll bei der nächsten "2 + 4"-Runde am 12. September in Moskau erörtert werden.

Polnische Westgrenze

Bei der jüngsten "2 + 4"-Gesprächsrunde, an welcher auch der polnische Außenminister teilnahm, stand die Frage der polnischen Westgrenze im Mittelpunkt (der Bonner Bundestag und die DDR-Volkskammer hatten am 21. Juni eine Erklärung über die Unverletzlichkeit der Oder-Neisse-Linie und einen abzuschließenden Grenzvertrag zwischen Gesamtdeutschland und Polen verabschiedet). Hierbei ließ Polen seine zuletzt erhobene Forderung fallen, wonach die volle Souveränität Deutschlands erst nach Ratifizierung dieses Grenzvertrages hätte wiederhergestellt werden sollen. Es wurde nunmehr Einigung darüber erzielt, daß der Vertrag in kürzestmöglicher Zeit nach Realisierung der deutschen Einheit unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zur Ratifizierung zugeleitet werden soll. (Die BRD hat auch Polen wirtschaftliche Hilfe zugesagt.)

III. Wertung

Es kann nun damit gerechnet werden, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten noch vor Jahresende Wirklichkeit wird.

Durch die in Moskau bzw. Paris erzielte Einigung haben erreicht:
die BRD: die Realisierung der deutschen Einheit
der Westen: die NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands
die SU: die Befriedigung ihrer Sicherheitsinteressen (deutsche Truppenstärke, deutscher Verzicht auf ABC-Waffen, erste Schritte zur Veränderung der NATO als Voraussetzung für ggstdl. Einigung, darüber hinaus Faustpfand einer Truppenpräsenz östlich der Elbe auf 3 - 4 Jahre) sowie wirtschaftliche Hilfe durch BRD bzw. des Westens.

Aus gesamteuropäischer Sicht ebnet die Übereinkunft den Weg für eine zügige Fortsetzung der militärischen Verhandlungen in Wien und für die angestrebte Errichtung einer neuen politischen Architektur in Europa.

Für Österreich wird u.a. von Interesse sein, welche Auswirkungen die Bemühungen der westeuropäischen Staaten um die feste "Westbindung" Deutschlands auf die Entwicklung der EG (Vertiefung, Europäische Union!) haben werden.

Wien, am 18. Juli 1990

PLATTNER m.p.

Bundesministerium
für
auswärtige Angelegenheiten

8. Juli 1990

| | | |
|---------------------------------------|----------------------|------------------------|
| Geschäftszahl 22.17.01/173-II.1/90 | Verschlussvermerke | Dringlichkeitsvermerke |
| miterl. Ordnungszahlen | | Skartierungsvermerk |
| Bezugszahlen 173 | Genehmigungsvermerke | |

| | | | | |
|--|-------|-----------------|--|--|
| Gegenstand Deutsche Einheit; Stand Mitte Juli 1990 e. o. | Frist | zu betreiben am | | |
| | | | | |
| | | neue Frist | | |
| | | | | |

Zur Einsicht vor Erledigung, Genehmigung, Abfertigung, Hinterlegung

Gen. 19. Juli 1990
G. Rohau
12 19/2

Information (lt. Verteiler)

wKW

| | | | |
|----------------------------|---|--|----------------------------|
| Reing. 19/7 | abgezeichnet von Ges. Dr. Calligaris/Ho 12/7 | genehmigt von Ges. Dr. Plattner Wien, am 18 Juli 19.90 RE | 19. Juli 1990 OZ |
| Vergl. | | | |
| Begl. Jan 11. 7. 10 | | | |
| Abgef. 12/7 | Bearbeiter | | |